

Kein Spielraum für Zugeständnisse

EV-Klausurtagung. Die Gesundheitspolitik steht Kopf: hohe Kosten im Gesundheitswesen, die gesetzlichen Krankenkassen in Schieflage und Lösungen kaum in Sicht. Es wird gespart und reformiert werden müssen – aber wo und wie? Mit dieser Frage und damit, welchen Beitrag die Zahnärzteschaft zu den aktuellen Sparbemühungen zu leisten bereit ist, hat sich der Erweiterte Bundesvorstand (EV) in seiner Klausurtagung im März beschäftigt.

Autorin: Sabine Schmitt

22

Ein knappes Jahr ist die neue Bundesregierung jetzt im Amt – und mit den angekündigten Reformen geht es nur schleppend voran. Entsprechend sitzen ihr die Wirtschaft und die Wähler gleichermaßen im Nacken. Während die Wirtschaft auf Reformen drängt und auch auf den einen oder anderen Einschnitt im Sozialstaat, der sich immer weniger finanzieren lässt, blickt die Bundesregierung auf der anderen Seite auf insgesamt fünf Landtagswahlen, deren Ausgang eine Schlappe für die eine oder andere Regierungspartei bereithalten könnte.

Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) hat die GKV-Finanzkommission eingesetzt, die nun fast ein halbes Jahr lang über ersten Sparvorschlägen gebrütet hat (und die bis Redaktionsschluss noch nicht bekannt waren). Damit sich niemand beschweren kann, kündigte Warken schon weit vorher an: „Alle Bereiche im Gesundheitswesen müssen ihren Sparbeitrag leisten.“ Was das heißen und wohin das führen kann, hat die Zahnärzteschaft recht plötzlich gespürt, als die Idee des CDU-nahen Wirtschaftsrates aufkam, zahnärztliche Leistungen komplett aus dem GKV-Katalog zu streichen. Das Thema wurde zügig wieder abgeräumt, aber so oder ähnlich treten jede Woche neue Vorschläge zutage.

Eine Ausgliederung aus der GKV würde Präventionserfolge zunichtemachen.

Sparbeitrag ist bereits erbracht

Bei seiner Klausurtagung in München diskutierte der EV intensiv über die Zukunft der zahnmedizinischen Versorgung innerhalb des Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Eine Ausgliederung aus der GKV, wie sie im Vorfeld der Kommissionsvorschläge von mehreren Seiten geäußert worden war, schlossen Bundesvorstand (BV) und EV für die Grundversorgung der Patienten aus. Alle Präventionserfolge der vorigen Jahrzehnte würden mit einer Ausgliederung zunichtemacht. Zahnärztinnen und Zahnärzte hätten in den vergangenen zwei Jahrzehnten gezeigt, dass sich die Investition in Prävention auszahle.

Der Aufforderung von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken, dass jetzt alle Bereiche des Gesundheitswesens ihren Beitrag zu Einsparungen leisten müssten, wollte der EV nicht Folge leisten: Der Sparbeitrag der Zahnärzteschaft zu aktuellen GKV-Sparbemühungen sei bereits über Jahre erbracht worden. Erkrankungen und Folge-



erkrankungen seien verhindert worden – und das bei einem prozentual sinkenden Anteil an den Gesamt-GKV-Ausgaben für zahnmedizinische Leistungen. „Genug ist genug. Wir haben keinen wirtschaftlichen Spielraum mehr für politische Zugeständnisse“, war sich die EV-Runde einig. „Zur Disposition können wir gar nichts mehr stellen.“

Keine Pflicht zum Mutterschutz

BV und EV diskutierten auch weitere aktuelle politische Themen wie die Einführung einer Zuckersteuer („nur, wenn das Geld direkt ins Gesundheitswesen fließt“) und über „Mutterschutz für Selbstständige“ – ein Thema, das im Koalitionsvertrag verankert ist und dem sich das Familienministerium in diesem Jahr widmen will. Ein Universalgesetz, das für alle Selbstständigen gleichermaßen verpflichtend gilt, lehnt der FVDZ entschieden ab. Das große Plus der Selbstständigkeit sei Gestaltungsfreiheit und Eigenverantwortung, sagte die stellvertretende FVDZ-Bundesvorsitzende Dr. Jeannine Bonaventura. Staatliche Vorgaben würden tief in die unternehmerische Freiheit eingreifen und zusätzliche bürokratische sowie finanzielle Belastungen für Praxen mit sich bringen. Statt verpflichtender Modelle setzt sich der Verband für freiwillige und praxisnahe Unterstützungsangebote ein, die Zahnärztinnen und Zahnärzten echte Wahlfreiheit lassen. Alles andere komme einem Berufsverbot gleich – und das könne nicht im Sinne der Selbstständigen sein. ■

Statement Romy (6. Semester Zahnmedizin)

„Ich habe mich sehr gefreut, Teil der EV-Sitzung in München zu sein und dort einen direkten Einblick in die aktuelle berufspolitische Lage zu erhalten. Gerade weil die dort getroffenen Entscheidungen sowohl für den Verband als auch für die gesamte Zahnmedizin von großer Bedeutung sind, ist es besonders wertvoll, sich frühzeitig mit den Entwicklungen auseinanderzusetzen, die unsere berufliche Zukunft prägen werden.“



© Sabine Schmitt

Darüber hinaus war es eine tolle Gelegenheit, inspirierende Persönlichkeiten kennenzulernen und sich intensiv auszutauschen. Besonders beeindruckt hat mich, mit wie viel Leidenschaft und Überzeugung viele in der Zahnmedizin ihren Beruf ausüben – eine Begeisterung, die ansteckend ist und motiviert.“

ANZEIGE

**HIER
ANMELDEN**

www.ostseekongress.com



OSTSEE KONGRESS

**ALLGEMEINE ZAHNHEILKUNDE
UND IMPLANTOLOGIE**

**15./16. MAI 2026
HOTEL NEPTUN
ROSTOCK-WARNEMÜNDE**

**OEMUS
EVENT
SELECTION**

Holbeinstraße 29 · 04229 Leipzig · Deutschland ·
Tel.: +49 341 48474-308 · event@oemus-media.de